



Viel Lärm um nichts – Deutschland braucht keine Mindestlöhne

Hartmut Schauerte MdB, Vorsitzender MIT NRW, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Beauftragter der Bundesregierung für den Mittelstand

In Berlin beraten derzeit die Fraktionen der großen Koalition und die Ministerien der Bundesregierung kontrovers darüber, wie es im Niedriglohnsektor weitergehen soll. Grundlage ist ein Kompromiss, der im Sommer vergangenen Jahres zwischen den Spitzen von CDU, CSU und SPD gefasst wurde. Statt eines von uns abgelehnten, wirtschafts- und beschäftigungspolitisch schädlichen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohns für ganz Deutschland sollen, falls erforderlich, passgenaue Lösungen eröffnet werden.

Diese politische Einigung sieht zum einen vor, das Arbeitnehmer-Entsendegesetz für weitere Branchen zu öffnen. Bislang gilt es lediglich für die Bauwirtschaft, die Gebäudereiniger sowie die Briefzusteller und bewirkt, dass bestehende, bundesweite Tarifverträge per Rechtsverordnung für alle in- und ausländische Beschäftigte allgemeinverbindlich sind, also zwingend gelten auch für nicht tarifgebundene Unternehmen und aus dem Ausland nach Deutschland entsandte Arbeitnehmer. Zum zweiten soll das Mindestarbeitsbedingengesetz aus der Gründerzeit der Bundesrepublik reaktiviert werden. Es entstand, weil man in der Aufbauphase unseres Landes Sorge hatte, dass sich nicht in allen Wirtschaftszweigen Tarifpartner entwickeln würden. In solchen „weißen Flecken“ sollte dann ein paritätisch besetzter Experten-Ausschuss als Surrogat Mindeststandards für Entlohnung und Arbeitszeit vorschlagen, die anschließend von Arbeitsminister verbindlich vorgeschrieben werden können, um damit sozialen Verwerfungen Einhalt zu gebieten und gleichzeitig Anreize zur Gründung von Gewerkschaften zu geben – denn Tarifverträge genießen dabei immer Vorrang. Dieses antiquierte Paragraphenwerk aus dem Jahr 1952 brauchte bislang allerdings nie angewendet zu werden, da entsprechende Missstände nicht aufgetaucht sind.



Bis zum 31. März hatten die Tarifvertragsparteien gemäß Koalitionskompromiss Zeit, Ihr Interesse an einer Aufnahme in das zu novellierende Entsendegesetz zu bekunden. Die von der Union durchgesetzten Voraussetzungen hierfür lauten: Es muss ein gemeinsamer Antrag von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden vorliegen. Außerdem darf die Tarifbindung nicht unter 50% liegen. Denn wir wollen weder die fein austarierte Machtbalance der Sozialpartner aushebeln, noch die Möglichkeit zulassen, dass eine Minderheit mit ihren Regeln am Ende eine Mehrheit bindet.

Betrachtet man das Ergebnis dieser Einladung im Lichte der hoch gesteckten Erwartungen der SPD, ist zunächst einmal Entwarnung angesagt. Nur acht, eher kleine Branchen haben die Aufnahme in den Schutzbereich eines Branchen-Mindestlohns beantragt. Viele haben sich erst nach langem Zögern und auf Druck der Gewerkschaften zu diesem Schritt durchgerungen: die Zeitarbeit, das Wach- und Sicherheitsgewerbe,

die Entsorgungswirtschaft, die Altenpflege, Forstdienstleistungen, die außerbetriebliche Weiterbildung, textile Dienstleistungen im Objektkundenbereich sowie Bergbauspezialarbeiten.

Als nächstes gilt es jetzt zu prüfen, ob die vorgenannten Bedingungen erfüllt und das öffentliche Interesse in diesen Fällen tatsächlich vorhanden ist. Für die Zeitarbeit haben CDU und CSU das bereits verneint. Die Tarifbindung in dieser Branche beträgt nahezu 100%. Aufgrund der beschränkten Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU droht derzeit auch kein ausländisches Lohndumping. Die bestehende Tarifkonkurrenz der Antragsteller mit den Mittelständlern birgt außerdem erhebliche verfassungsrechtliche Probleme: Der etwas niedrigere Tarifvertrag

+++ Termine +++ Termine +++

10.05. 2008

Laudatio durch Dominikanerpater Prof. Dr. Wolfgang Ockenfels
Verleihung des Bergischen Löwen an Abtprimas Dr. Notker Wolf OSB
Handwerkskammer Düsseldorf, 11.00 Uhr

23.05.2008

Ronald Pofalla MdB,
CDU-Generalsekretär
„Soziale Marktwirtschaft – Erfolgsmodell für Deutschland“
Gemeinsame Veranstaltung von MIT Bezirk Niederrhein und EAK Kreis Kleve
Mercedes Nühlen, Ruhrorter Straße 10 in Moers

30.05.2008

Karl-Heinz Florenz MdEP
„Europa – ein Jahr vor der Wahl“
eine Veranstaltung der MIT Tönisvorst
Wingertsches Erb, Unterweiden 161 in Tönisvorst, 19.00 Uhr

Viele weitere Termine finden Sie auf unseren Internetseiten www.mit-nrw.de.

+++ Termine +++ Termine +++

Fortsetzung von Seite 1

der mittelständischen Anbieter mit einer christlichen Gewerkschaft würde im Ergebnis durch einen DGB-Tarifvertrag verdrängt. Ganz zu schweigen davon, dass die Zeitarbeit als wichtigstes Flexibilisierungsinstrument auf dem ansonsten viel zu starren deutschen Arbeitsmarkt unnötig weiter reguliert würde.

Neben der längst nicht gesicherten Tarifbindung von jeweils mindestens 50% drängt sich auch bei anderen aufnahmewilligen Branchen der Verdacht auf, dass es nicht um die Verhinderung von Schmutzkonkurrenz, sondern schlichtweg primär darum geht, Wettbewerb auszuschalten: Groß gegen Klein bei den Großwäschereien, West gegen Ost im Sicherheitsgewerbe oder Kommunale gegen Private im Entsorgungssektor. Genau solchem Missbrauch darf die Politik aber nicht Tür öffnen. Der Sünden-

fall Post-Mindestlohn sollte allen gezeigt haben, wohin dies führt: Neu Anbieter werden vom Markt verdrängt und teure Investitionen vernichtet. Die Zeche zahlen am Ende die Verbraucher durch höhere Preise und diejenigen Beschäftigten, die ihre Jobs verlieren.

Kluge und verantwortungsvolle Entscheidungen sind deshalb gefordert. Nicht nur bezogen auf die Branchenentscheidungen, sondern auch, was die Detailregelungen beider Gesetzesvorhaben betrifft. Die ersten Entwürfe des Bundesarbeitsministers würden einen Weg zu flächendeckender staatlicher Lohnfestsetzung ebnen, die das Wirtschaftsministerium nicht mittragen kann und will. Für uns ist der Schutz der funktionierenden Tarifautonomie in Deutschland oberste Richtschnur in den laufenden Verhandlungen. Schließlich sind negative wie positive Koalitionsfreiheit vom Grundgesetz garantiert. Branchen-Mindestlöhne oder

per Verordnung vorgeschriebene Mindestarbeitsbedingungen wird es mit der Union deshalb nur in absolut begründeten Ausnahmefällen geben, wenn durch keine andere Maßnahme tatsächlich nachgewiesene soziale Verwerfungen verhindert werden können.

Letztlich haben die vergangenen Monate vor allem eines gezeigt: Wir haben kein Mindestlohn-Problem in Deutschland. Der aus reiner Ideologie gespeiste Populismus der SPD ist viel Lärm und nichts. Wir sollten unsere Energie stattdessen auf die wirklich drängenden Fragen verwenden. Beispielsweise bedarf es schneller Antworten auf die zu hohe Steuer- und Abgabenlast für untere Einkommensgruppen, die von Inflation und kalter Progression derzeit besonders getroffen werden. Denn im Gegensatz zu schädlichen Mindestlöhnen hilft mehr Netto den Beschäftigten in allen Branchen wirklich. ■

Das wenig gute Beispiel des DGB

Wenn der DGB die brummende Wirtschaft einmal mehr über einen Leisten schert und ordentliche Schlucke aus der Pulle einfordert, so mag das einfache Gewerkschaftsmitglied die angebliche Glaubwürdigkeit seiner Massenorganisation nicht für Selbstverständlich nehmen. Für die Angestellten des DGB nämlich bleibt es wohl bei einem „Tröpfchen auf die Lippen“.

Während der DGB bei Bahnpersonal und Lokführern rund 11%, bei Klinikärzten 8%, bei Eisen- und Stahl 5,2% oder die Deutsche Post 7% fordert und durchsetzt, ist die 3-Prozent-Hürde bei den Angestellten des DGB eine magische Grenze. Ab Juni soll es hier 2% geben, ab Oktober noch mal 1%, Laufzeit 18 Monate. Die Klagen vieler Kommunen in der Haushaltssicherung und im Nothaushalt, die Erhöhung des Tarifes im Öffentlichen Dienst um 8% würde den endgültigen Ruin bedeuten, wischt der DGB aber gerne vom Tisch. „Schließlich muss 2008 das Jahr der spürbaren Reallohnsteigerungen für alle werden“, tönt da Gewerkschaftsboss Michael Sommer. Dies gilt jedoch nicht für seine eigenen Mitarbeiter. Hier gilt der Satz der DGB-Sprecherin Claudia Falk: „Mit den knappen Mitteln gilt es sorgsam zu haushalten.“ Eine Begründung, die der DGB bei anderen ziemlich schnell abtut und nicht gelten lässt.

MIT Mülheim

Zu Besuch bei RRG Industrietechnik GmbH

Gegründet 1957 kann die Rhein-Ruhr Gummi Industrietechnik GmbH auf 50 erfolgreiche Jahre zurückblicken. Als Lieferpartner der Industrie im Ruhrgebiet – insbesondere des Bergbaus und der ansässigen Hüttenindustrie – macht die RRG es sich zur Aufgabe, in den Wirtschaftsräumen NRW und Rheinland Pfalz den bis dahin noch wenig bekannten Polyurethan-Zahnriemen einzuführen. Grund genug für die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung Mülheim, das Unternehmen zu besuchen. Seniorchef Siegfried Lübke und Sohn Michael führen

gemeinsam das Familienunternehmen. Innovation ist gefragt. Das Unternehmen beschäftigt sich neben Antriebssystemen mit Gummi- und Kunststofftechnik, Lärmschutz, Federungstechnik und Hydraulik.

Ein Spezialschaumstoff des Mülheimer Mittelständlers sorgt in ICE- und IC-Zügen dafür, dass sich die Rollgeräusche von den Schienen nicht ins Abteil übertragen, führt Siegfried Lübke stolz aus. „Qualität und Service ist unser stärkster Antrieb“ – zitiert Siegfried Lübke den Leitspruch der Firma.



Heinz Borchardt, stellv. Vorsitzender MIT (links), Hans-Martin Schlebusch, Vorsitzender MIT (3. v. links), Dr. Ilseore Paschmann, MIT-Vorstand (3. v. rechts), Siegfried Lübke, Inhaber (rechts)



MIT Kreis Herford

Konkrete Hilfen für den Mittelstand – Widufix-Dienstleistungen in der Diskussion

„Ich bin seit zwei Jahren selbständig, aber dass es so etwas in Herford gibt, habe ich bisher nicht gewusst“, war eine der spontanen Äußerungen, während einer Veranstaltung der Herforder MIT. Klaus Goeke, Geschäftsführer der Wirtschaftsinitiative im Kreis Herford (IWKH), hatte die Teilnehmer informiert, welche Dienstleistungen Selbständige aus mittelständischen Betrieben von der IWKH erwarten bzw. abrufen können. So war etwas über Widufix zu erfahren. Unter diesem Kürzel gibt es den von Mittelständlern immer wieder geforderten „Lotsen“, der dafür sorgt, dass ein Gewerbetreibender schnell und unbürokratisch durch die Zuständigkeitsvielfalt der Behörden begleitet wird. Bei Investitionsentscheidungen sorgt Widufix durch den mobilen Beratungsservice für schnelle und unbüro-

kratische Genehmigungsverfahren. Existenzgründungsberatung, Erfahrungsaustausch in spezifischen Arbeitskreisen, Bildungsschecks, Handwerkerparkausweise, Hilfen bei Betriebsweiterstellungen und Bestandspflege sind nur einige weitere Services, die von den Wirtschaftsförderern unternehmensnah angeboten werden. Auf großes Interesse stießen auch die Leistungen bei der Verbundausbildung. Unternehmen, die ausbilden möchten, aber nicht alle erforderlichen Ausbildungsinhalte vermitteln können, bringt die IWKH mit einem Kooperationspartner zusammen. „Wir möchten, dass Unternehmen sich hier wohlfühlen, investieren und Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen“ begründete Klaus Goeke die Leistungen seines Amtes zur Standortpflege.

Personen/ Vorstände

„Neuer alter“ Vorstand in Mönchengladbach

Dieter Breymann wurde ohne Gegenstimme erneut zum Vorsitzenden gewählt. Die stellvertretenden Vorsitzenden sind Burghard Ungricht und Hans Werner Schoutz. Schatzmeister wurde Wolfgang Oertel. Neuer Schriftführer

ist Andreas Graf. Breymann konnte in seinem Bericht über eine positive Entwicklung der Mitgliederzahlen berichten: Seit 2006 sind diese um 16% angestiegen; die Schallgrenze von 100 Mitgliedern wurde durchbrochen und der Vorstand will diese Zahl noch weiter steigern.



Von links: M. Schroeren MdL, B. Ungricht, D. Breymann, Dr. G. Krings MdB, W. Oertel und A. Graf

Personen/ Vorstände



Emmy Scholze verstorben

Die MIT Tönisvorst trauert um die im April 2008 im Alter von 86 Jahren verstorbene Emmy Scholze. Im Rahmen ihrer vielen ehrenamtlichen Tätigkeiten war sie Geschäftsführerin der MIT Tönisvorst von 1983 bis 1999. Engagiert tätig war sie auch im Kreisvorstand der MIT Viersen von 1983 bis 2001. Auch überregional hat sie sich eingebracht. Von 1993 bis zuletzt war sie Delegierte bei der Landestagung und Delegierte zum Bundeskongress der MIT. Ganz im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft verstand sie es anerkennenswert, Wirtschaftspolitik mit Sozialpolitik zu verbinden. Im Evangelischen Arbeitskreis war Sie seit Jahren im Kreis- und Bezirksvorstand aktiv tätig.

MIT Kreis Düren

Nur „Ab in die Mitte?“

Themen des demographischen Wandels standen im Mittelpunkt einer Veranstaltung der MIT Kreis Düren. Auf Einladung des Vorsitzenden Rolf Delhougne stellte Dr. Lutz H. Michel MRICS, Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des DIS Institut für Service-Immobilien, acht Thesen zum demographischen Wandel in Düren vor. Vor dem Hintergrund der Einführung von Delhougne, der die Brisanz der Entwicklung auch für Düren unterstrich, plädierte der Referent zu Beginn entschieden dafür, das Thema strategisch anzugehen: „Düren muss sich darüber klar werden, wie es 2020 aussehen will, welche Stärken die Stadt haben und welches „Instrument“ Düren im Konzert der Umlandsgemeinden spielen soll“. Er hob dabei die drei großen Bereiche „Wohnen“, „Leben“ in Gestalt von Einkaufen, Kultur und Freizeit, sowie „Arbeiten“ hervor. Ein Aspekt seiner Ausführungen war die Erläuterung der Unterschiede zwischen der unter der SPD-Regierung verfolgten „sozialen“ Wohnraumförderung und der von der CDU propagierten mittelstandsorientierten Wohnraumförderung. Die CDU-Förderpolitik würde nämlich vermeiden, soziale Brennpunkte entstehen zu lassen. Ganz im Gegenteil seien die Förderkonzepte wirksame Maßnahmen zur Stadtentwicklung. Zum Bereich Einzelhandel plädierte Dr. Michel für organisches Wachstum, Revitalisierung der vorhandenen Innenstadtlagen und die Vermeidung von Einkaufszentren und anderer vergleichbarer „Magneten“ außerhalb Dürens. „Die Stärke von Düren zeigt sich im innerstädtischen Angebot“. Deutlich machte er, dass ein wesentlicher Erfolgsfaktor für die Bewältigung der zukünftigen Herausforderungen sei, dass sich Gewerbe und Industrie positiv entwickeln, um die benötigten Finanzmittel in Gestalt von Steuereinnahmen auch vor dem Hintergrund des Düren drohenden Haushaltssicherungskonzepts sicherzustellen.



Von links: Dr. Lutz H. Michel, Rolf Delhougne, Michael Kruse, Leiter Projektmanagement Gesellschaft für Wirtschafts- und Strukturförderung im Kreis Düren mbH und Kreisdirektor a.D. Dr. Wolfgang Beyer.

Aus dem Landesverband

Golf, Business, Erbschaftsteuer

Der Arbeitskreis „junger Mittelstand“ (juMIT) der MIT NRW hat sich eine politische Veranstaltung der besonderen Art einfallen lassen, bei der sowohl Geist, als auch Körper gefordert wurden: Im Golfclub Borghees in Emmerich konnten die Teilnehmer zunächst einen Golf-Schnupperkurs, unter Anleitung des Professional Trainers Michael Sombroek (PGA), absolvieren. Im Anschluss daran wurde das politisch brisante Thema „Erbschaftsteuerreform“ beleuchtet und diskutiert. Hierbei gab Nelson Cremers von RWS Cremers & Partner zunächst einen Überblick über die neusten rechtlichen Entwicklungen und appellierte Betriebsübergaben so schnell wie möglich durchzuführen. Insbesondere riet er dazu, eine Berechnung anzustellen, ob die Besteuerung nach altem oder nach neuem recht günstiger ist. Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Lutz Lienenkämper MdL, umriss danach das Thema aus politischer Perspektive. Er forderte die MIT auf, ihre Beschlüsse, sowie auch ihre Befürchtungen, dass junge Firmenerben aufgrund der massiven Begrenzungen durch das neue Erbschaftsteuergesetz zukünftig kein großes Interesse an der Übernahme von Unternehmen haben werden, öffentlich zu

machen. Beraten und beschlossen wurde auch ein Positionspapier des Arbeitskreises zum Thema Erbschaftsteuerreform, in dem sich die Jungunternehmer vehement gegen den geplanten Kompromiss mit der SPD aussprechen. Die Beschlussvorlage mit dem Titel „Dem Unsinn ein Ende setzen!“ wurde auf

Antrag des AK juMIT auch bei der Klausurtagung der MIT NRW in Höxter eingebracht und dort einstimmig zu einem Beschluss der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung NRW umgesetzt. Mehr zur Veranstaltung und zum Erbschaftsteuer-Beschluss unter www.jumit-nrw.de.



Nach dem Golfen bei Wind und Wetter wurde mit Lutz Lienenkämper (4. v. rechts) die drohende Erbschaftsteuerreform debattiert.

MIT KV Aachen

„Heuschrecken“ und Veräußerung von Grundschulden

Die MIT im Kreis Aachen informierte sich bei einer Veranstaltung ein in Bankfachkreisen schon länger diskutiertes Thema: Veräußerung von Grundschulden an so genannte „Heuschrecken“. Horst Zimmermann, Kreis- und Bezirksvorsitzender in Aachen, hatte zusammen mit dem Herzogenrather MIT-Vorsitzenden Bert Lauscher zu einer Informationsrunde mit entsprechenden Fachleuten geladen. Paul H. Assies, Fachanwalt für Handels- und Bankrecht, gab zunächst einen allgemeinen Überblick. Er bezog sich dabei vor allem auf Berichte aus dem Jahr 2006, wonach jene „Heuschrecken“ gezielt bei Banken und Sparkassen zur Absicherung von Verbindlichkeiten eingetragene Grundschulden aufkauften. Assies erläuterte umfassend die Sach- und Rechtslage dieser Fälle und klärte auf, dass eine Abtretung von Forderungen im Geschäftsleben durchaus üblich sei, sofern es sich um „notleidende Kredite“ handelt. Rechtlich nicht tragbar sei allerdings eine Abtretung, bei der auch die entsprechende Grundschuld weitergegeben wird. Norbert Laufs, Vorstandsmitglied der Sparkasse Aachen, beruhigte zudem, dass selbst bei nicht ordnungsgemäß bedienten Krediten ein Verkauf nur mit Zustimmung des Kunden in Betracht komme. Ein



Von links: Horst Zimmermann, Paul H. Assies, Wilfried Förster, Norbert Laufs und Bert Lauscher

unverschuldeter Verlust des Eigentums also nicht möglich sei. Die Sparkasse fordert des Weiteren auf, eine möglichst schnelle gesetzliche Regelung zu finden, um rechtliche Lücken im Zusammenhang mit Forderungsabtretungen zu schließen. Dem schloss sich auch Wilfried Förster, Bereichsleiter Gewerbe- und Geschäftskunden bei der VR-Bank Würselen an.

MIT Langenfeld

Jahreshauptversammlung bei den Sportkeglern

Jahreshauptversammlungen von Vereinen, bei denen keine Wahlen anstehen, haben normalerweise den Charme einer Vorlesung in Rechtswissenschaften: trocken, formalistisch und irgendwie sinnfrei. Die MIT Langenfeld hat deswegen bereits seit Jahren diese Pflichtveranstaltung mit dem Besuch bei interessanten Gesprächspartnern verbunden. In diesem Jahr boten die Sportkegler Langenfeld den informativen und unterhaltsamen Rahmen. Nach einer Begrüßung durch den Vorsitzenden Bernd Rimlinger zeigten die Junioren der Sportkegler eindrucksvoll den Unterschied zwischen Sportkegeln und dem Gesellschaftskegeln. Die Jugendlichen – dekoriert mit diversen Meistertiteln – räumten mit traumwandlerischer Präzision und hohem körperlichen Einsatz die Kegel von der Bahn, dass die Mittelständler nur noch staunen konnten. Nach einer solchen Kür stand dann aber wieder die Pflicht an. Zügig präsentierte MIT-Vorsitzender Hans-Dieter Clauser MdL die Veranstaltungen aus dem letzten Jahr mit der Krönung durch den Jubiläumsfestakt in der



Stadthalle. Kassen- und Mitgliederlage zeigten die MIT Langenfeld erneut als eine der stärksten Unternehmerverbände der Region. Der Beifall der Mitglieder bestätigte die dahinter stehende Leistung aller Verantwortlichen. Nach der Versammlung beka-

men die Mittelständler die Möglichkeit, ihr sportliches Können beim Kegeln zu beweisen. Hier kamen die meisten zu der Einsicht, dass sie zwar in der Wirtschaft absolute Profis sind, beim Sportkegeln aber lupenreine Amateure.

MIT Kreis Wesel

Minister Oliver Wittke zu Gast bei der MIT



Die Jahreshauptversammlung der MIT Kreis Wesel fand dieses Jahr in der Römer- und Nibelungenstadt Xanten statt. Dieser Ort wurde bewusst gewählt, um dem dort neu belebten Stadtverband Anschubhilfe zu leisten. So konnte der Kreisvorsitzende, Dr. Ulrich Erens, neben zahlreichen Mittelständlern auch viele Gäste begrüßen. Darunter waren die Landtagsabgeordneten Marie Luise Fasse und Wolfgang Hüsken, der Bürgermeister der Stadt Xanten, Christian

Strunck und der MIT-Bezirksvorsitzende, Michael Darda. Prominenten Gastredner des Abends war NRWs Minister für Bauen und Verkehr, Oliver Wittke: Dass es in NRW wieder aufwärts geht, lässt sich auch an der Verkehrspolitik festmachen. Der Standort NRW braucht eine zukunftsweisende Verkehrslogistik, damit sich Investoren finden, die bereit sind sich niederzulassen und Arbeitsplätze zu schaffen. Wittke machte anhand von Zahlen deutlich, welches Verkehrsaufkommen in den nächsten Jahren zu erwarten ist. Er wusste auch Bescheid in Fragen der Infrastruktur im Kreis Wesel. So gab er den Mittelständlern auf deren Nachfrage umfassend Auskunft über die Projekte Outletcenter Dinslaken, Neubau Rheinbrücke Wesel und Umgehungsstraße Büderich, Flugplatz Schwarze Heide in Hünxe und Aufbauplanung des 84 ha großen Zechengeländes in Neukirchen-Vluyn. Der Vortrag vom Oliver Wittke war voller Leidenschaft. Die Zuhörer merkten: „Der Mann will was bewegen und nicht nur reden“.

Personen/ Vorstände

Vorstand in Jüchen wiedergewählt und verstärkt

Die Mitglieder der MIT Jüchen wählten einen neuen Vorstand. Der bisherige Vorsitzende Thomas Welter wurde einstimmig im Amt bestätigt. Zum stellvertretenden Vorsitzenden ist der Jüchener Unternehmer Peter Hintzen gewählt worden. Der Vorstand wird nunmehr verstärkt durch die zur Schriftführerin gewählte Annette van Dorp. „Die Unternehmensberaterin machte in der Vergangenheit bereits mehrfach durch ihre kreativen Ideen und ihr Engagement in Jüchen überaus positiv auf sich aufmerksam“, betont Welter. André Meyer, Achim Möller und Dr. Christoph Schmitz sind weiterhin Beisitzer.



MIT Bochold-Rhede**MIT diskutiert mit CDU-Generalsekretär Hendrik Wüst**

Bei seiner letzten Vorstandssitzung besichtigte die MIT Bocholt-Rhede die Firma Assmann Metallspritztechnik GmbH in Rhede. Im Anschluss daran diskutierte der Vorstand mit dem Generalsekretär der CDU NRW, Hendrik Wüst, über das Thema: „NRW – Land der neuen Chancen – Neue Chancen für den Mittelstand“. Dabei wurde deutlich, dass der

Mittelstand und die Mittelschicht unter zu hohen Abgaben leidet. Obwohl seit dem Regierungswechsel ein Rückgang der Arbeitslosigkeit um 25% zu verzeichnen ist, kommt von der guten Wirtschaftslage in der Mitte der Gesellschaft nichts an. Es sollten Möglichkeiten ausgelotet werden, dass beim Mittelstand Netto mehr übrig bleibt.

**Daten/
Fakten****Wen wir vertreten und was den Mittelstand ausmacht**

So viel Prozent der... entfallen auf den Mittelstand

99,7 % Unternehmen

82,9 % Auszubildenden

78,6 % Beschäftigten

Umsätze: Jahresumsatz von bis zu 50 Mio. Euro. Unternehmen: Jahresumsatz von bis zu 50 Mio. Euro und mit weniger als 500 Beschäftigten. Daten: Stand 2004-2006

Quelle: IWD, Nr. 14/2008

MIT Tönisvorst**MIT startet Umfrage**

Wie geht es eigentlich den Firmen in Tönisvorst und welche Meinung haben diese zu Ihrer Stadt? Das will jetzt die MIT wissen und startete eine der größten Fragebogenaktionen, die die Apfelstadt bisher gesehen hat. Den Auftakt machten die Handwerker in Tönisvorst. Die MIT schrieb 225 selbstständige Handwerker in Tönisvorst angeschrieben und erhalten einen einseitigen Fragebogen. Daniel Slomka, Vorsitzender der MIT: „Wir wollen jetzt genau wissen, wie es nicht nur dem Tönisvorster Mittelstand,

sondern sogar allen Gewerbetreibenden und Firmen geht und wo ihnen der Schuh drückt. Gefragt wird unter Anderem nach der Zufriedenheit mit der Infrastruktur, den kommunalen Leistungen und Kosten sowie allgemeinen Angeboten in unserer Stadt. Die Ergebnisse werden ausgewertet und im Rahmen einer Veranstaltung veröffentlicht. Maik Giesen, stellvertretender Vorsitzender: „Ein Unternehmerhearing soll die Befragung dann abschließen. Hier sollen zuerst die Handwerker, später dann auch andere Berufszweige Ihre Sorgen und Nöte nach Möglichkeit mit Politik und Stadtverwaltung persönlich besprechen.“

**Personen/
Vorstände****CDU-Bundesvorstand beruft MIT-Mitglieder in seine Bundesfachausschüsse**

Gleich vier MIT-Mitglieder aus Nordrhein-Westfalen hat die CDU in ihre Bundesfachausschüsse berufen. Diese haben die Aufgabe, in ihrem Bereich politische Themen vertieft zu erarbeiten und sachlich fundierte Positionen darzustellen und zu entwickeln. Wegen der intensiven Arbeit am neuen Grundsatzprogramm hatte der Bundesvorstand der CDU 2005 beschlossen, zunächst keine Bundesfachausschüsse einzusetzen.

Nach der Verabschiedung des Grundsatzprogramms im Dezember 2007 erfolgt nun die Einsetzung der Ausschüsse für die laufende Legislaturperiode. Im Ausschuss für Wirtschaft, Haushalt und Finanzpolitik vertreten die MIT unserer Landesvorsitzender Hartmut Schauerte MdB sowie Peter Jungen. Der Bochumer Europaabgeordnete und Stellvertretende Landesvorsitzende der MIT NRW, Dr. Christoph Konrad, ist in den Bundesfachausschuss Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik berufen worden. Mathias Höschel, MIT-Mitglied und Landesvorsitzender des Gesundheitspolitischen Arbeitskreises der CDU NRW (GPA) arbeitet zukünftig im Ausschuss Arbeit und Soziales mit.

**Personen/
Vorstände****Neuwahl des Vorstandes bei der MIT Münsterland**

Bei der Bezirksmitgliederversammlung der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung im Münsterland ist der Vorstand neu gewählt worden. In seinem Amt bestätigt wurde der Vorsitzende Uwe Kombrink. Als seine Stellvertreter wurden gewählt: Margarete Kordt, Karl-Josef Ludorff, Dr. Dieter Jasper und Dirk Ewering. Schriftführer ist Hans-Dieter Samson.



Neues aus dem PKM im Bundestag:

Sozialabgaben: Zielmarke in Gefahr

„CDU, CSU und SPD stellen sicher, dass die Lohnzusatzkosten dauerhaft unter 40 Prozent gesenkt werden.“ heißt es im Koalitionsvertrag. Dieses Versprechen hat die Bundesregierung eingehalten. Durch die vom PKM durchgesetzte deutlich stärkere Reduzierung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung auf 3,3% zum Jahresbeginn ist der durchschnittliche Gesamtsozialversicherungsbeitrag (bei Kinderlosen) auf 39,87 gesunken. Darin enthalten ist auch der 2005 eingeführte „Sonderbeitrag“ der Arbeitnehmer von 0,9 Prozent zur gesetzlichen Krankenversicherung, die seither nicht mehr vollständig paritätisch finanziert wird. Andererseits schultern Arbeitgeber die statistisch nicht erfassten Kosten der gesetzlichen Unfallversicherung von durchschnittlich 1,3% alleine. Schon in den kommenden Monaten drohen aber neue Gefahren für die Beitragslast, warnt der Wirtschaftsflügel der Unionsbundestagsfraktion. Mit Inkrafttreten der Pflegereform zum 1. Juli steigt der dortige Satz um 0,25 Prozentpunkte. Experten fürchten zudem, dass mit dem Gesundheitsfonds 2009 der dann einheitliche Krankenkassenbeitrag auf über 15 Prozent klettern könnte. Der Parlamentskreis Mittelstand hat die Bundesregierung deshalb aufgefordert, letzteres zu verhindern und wei-

Gesamtsozialversicherungsbeitrag nach § 28d SGB IV (Stand Januar 2008)

	AG + AN	AG	AN	
KV	14,9	7,0	7,9	(7,0 + 0,9)
PV	1,77	0,85	0,92	(0,85 + 0,07 f. Kinderlose)
RV	19,9	9,95	9,95	
AV	3,3	1,65	1,65	
GSV	39,87	19,45	20,42	

KV: Krankenversicherung, PV: Pflegeversicherung, RV: Rentenversicherung
AV: Arbeitslosenversicherung

tere Senkungsspielräume bei der Nürnberger Bundesagentur für Arbeit zu nutzen. Zudem muss die derzeit im Bundestag beratene Organisationsreform der Berufsgenossenschaften für Einsparpotenziale genutzt werden. Denn: Ökonomen weisen seit Jahren auf die Faustformel hin, dass ein Prozent weniger Personalausatzkosten rund 100.000 zusätzliche Jobs schafft.

Rundreise Südafrika & Namibia



Entdecken Sie fremde Kulturen und einzigartige Landschaften

Auf dieser Reise wird es an Kontrasten nicht mangeln. Dreimal größer als die Bundesrepublik erstreckt sich Südafrika zwischen Indischem Ozean und Atlantik, vom Kap der Guten Hoffnung bis zum Krüger Nationalpark. Eine moderne Großstadt wie Kapstadt, einmalige Landschaften und eine faszinierende Tierwelt im größten Wildreservat des Landes, dem Krüger Park, warten auf Sie.

MIT Bezirk Mittelrhein

Informationsreise nach Südafrika

Eine Unternehmerreise ins südliche Afrika bietet die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung Mittelrhein für Ende 2008 an. Die 14-tägige Reise (**2.399,- Euro p.P. im Doppelzimmer**) findet vom **25.11. bis 08.12.2008** statt. Hans-Günther Burgwinkel, Stellvertretender Landesvorsitzender und Vorsitzender des Bezirksverbandes, freut sich, einer Gruppe Mittelständler den schwarzen Kontinent exemplarisch an Südafrika näher bringen zu können. Nähere Informationen zur



Hans-Günther
Burgwinkel

Reise sind beim Reiseveranstalter Lion Tours Sabine Stegmann, Königsberger Straße 3a in 63839 Kleinwallstadt, Telefon 06022-50670, Fax: 06022-506727, E-Mail: info@lion-tours.de erhältlich. Abrufen von ausführlichen Informationen und direktes Buchen ist online unter <http://mit-mittelrhein.lion-tours.de> möglich.

NRW und Frankreich: Interessante Perspektiven für den Mittelstand



Dr. Christoph Konrad
MdEP ist Stellvertreter
der Landesvorsitzender
der MIT NRW

Frankreich ist der größte Absatzmarkt für deutsche Unternehmen und seit Jahren der wichtigste Außenhandelspartner Deutschlands; das bilaterale Handelsvolumen erreichte 2007 über 130 Mrd. Euro. NRW kommt in den engen Beziehungen eine zentrale Rolle zu. In keinem anderen Bundesland außerhalb Berlins ist der französische Nachbar mit so vielen Einrichtungen in NRW vertreten, wobei die Verbindungen in der Wirtschaft besonders eng sind. Auch für NRW ist Frankreich Exportland Nr. 1.

Hier haben rund 300 französische Unternehmen mit mehr als 60.000 Beschäftigten und einem Jahresumsatz

von 22 Mrd. Euro ihren Sitz. Die Marktnähe und ähnliche Geschäftskulturen bieten auch für kleine und mittlere Unternehmen interessante Perspektiven.

Dass große Potentiale in der Kooperation auch für die Zukunft bestehen, zeigt z.B., dass Frankreich in diesem Jahr Partnerland der CEBIT war. Zwischen NRW und Frankreich existieren darüber hinaus 250 Städte- und über 850 Schulpartnerschaften, rund 30.000 Franzosen leben in NRW. Neben dem Generalkonsulat gibt es hier die größte französische Handelsmission weltweit, 5 Kulturinstitute sowie 2 französische Schulen. Regelmäßiger Austausch ist zum Ausbau dieser privilegierten Beziehungen im Interesse beider Seiten unabdingbar, wie etwa am 27./28. Mai, wenn die Bürgermeister(innen) aus NRW ihre französischen Partner in Köln treffen und sich dort über neue Ideen und Formen der Zusammenarbeit austauschen. So wird

ein bürgernahes „Europa der Regionen“ immer mehr Realität.

NRW wie Frankreich treten in Europa für eine Wirtschaftsordnung ein, deren Erfolg auf der Grundlage des sog. „rheinischen Modells“ basiert: Solidarität, Gerechtigkeit und soziale Verantwortung stehen im Mittelpunkt. Es ist klar, dass neue Impulse für die deutsch-französischen Beziehungen nicht von NRW alleine ausgehen können. Aber unser Land leistet dabei einen herausragenden Beitrag. Deshalb ist die Initiative der Landesregierung zum Frankreich-Jahr 2008 so wichtig und sollte auf allen Ebenen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft aktiv mit gestaltet werden. Sie ergänzt zudem in idealer Weise ein weiteres Ziel der CDU NRW, nämlich eine besondere Partnerschaft mit den Benelux-Staaten anzustreben. In dieser europäischen Perspektive und der engen Verflechtung mit den westlichen Nachbarn liegen große Chancen für die Zukunft der Unternehmen und Bürger in NRW, die genutzt werden sollten.

MIT NRW sieht Energie- und Klimaprogramm der Bundesregierung skeptisch

„Wir müssen unserer Energiepolitik das ‚Preisschild‘ umhängen. Verbraucher und die Wirtschaft müssen wissen, was uns ein Integriertes Energie- und Klimaprogramm kostet und welche wirtschaftlichen Auswirkungen es für den Einzelnen mit sich bringt“, lautet das Fazit eines Beschlusses der nordrhein-westfälischen MIT zum sogenannten IEKP, dem Integrierten Energie- und Klimaprogramm der Bundesregierung. Die Kritik des MIT-Landesvorstandes, der auf seiner Klausurtagung in Höxter ausgiebig über das Thema debattierte, richtet sich unter anderem gegen die Ideologisierung des Themas Klimaschutz und die Ausblendung von Effizienzfragen bei der Produktion enormer Kosten für Wirtschaft und Verbraucher. In den kommenden 20 Jahren werden sich die Belastungen für den Endkunden und die Wirtschaft auf sage und schreibe weit über 500 Milliarden Euro summieren. „Es

scheint“, so die Feststellung eines Teilnehmers, „als ob die Aussage, für das Klima dürfe uns nichts zu teuer sein, jeglichen ökonomischen Sachverstand überdecke.“ Die MIT NRW fordert deshalb eine Schwerpunktverlagerung des Programms hin zu mehr Förderung von Energieeinsparung, zum Beispiel durch Sanierung. Es sollen Subventionsstatbestände und Zwangsumlagen zugunsten direkter Sanierungsprogramme und steuerlicher Förderung für Energieeinsparmaßnahmen ersetzt sowie eine Reduzierung der Gesamtkosten des IEKP erreicht werden, um die Last für den Standort Deutschland verkraftbar zu halten. Aus diesen Gründen drängt die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung auch ihre Parlamentarier, dem IEKP zumindest in der vorliegenden Planung auf keinen Fall zuzustimmen. Den gesamten Beschluss der MIT NRW erhalten Sie unter www.mit-nrw.de.

Impressum

Herausgeber: Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU NRW

Redaktion: Klaus Gravemann (verantwortlich), Stefan Simmnacher, Julia Lüdecke

Postfach 20 02 80, 40100 Düsseldorf, Wasserstraße 5, 40213 Düsseldorf, Tel.: 02 11-1 36 00 43/44/45, Fax: 02 11-1 36 00 42/8 54 95 97

Internet: <http://www.mit-nrw.de>, e-mail: info@mit-nrw.de

Verlag & Gestaltung: Mittelstands-Verlags-gesellschaft mbH, Martin-Luther-Straße 2-6, 53757 Sankt Augustin, Tel.: 022 41/91 33-0, Fax: 91 33 33

Druck: Evers-Druck, Meldorf